rialismus, so stellt man fest, daß bis zu 90 Prozent der Sitzungen vollkommen überflüssig sind." Im Prinzip stimmen wir mit diesen Hinweisen völlig überein. Man könnte einfach mit dem Gedicht Majakowskis gegen das Sitzungsunwesen antworten, das bekanntlich mit der Aufforderung schließt, nur noch eine Sitzung einzuberufen, um alle anderen Sitzungen abzuschaffen. (Heiterkeit.) Das Leben zeigt jedoch, daß die Sache so einfach nicht geht. Das Sitzungsunwesen auszumerzen ist nicht die Frage eines Beschlusses, der Sitzungen in diesem oder jenem Fall verbietet, sondern in erster Linie eine Frage der Änderung des Arbeitsstils der leitenden Parteiorgane. Bis jetzt ist es leider oft noch so, daß das Niveau der Arbeit im umgekehrten Verhältnis zur Anzahl und Länge der Sitzungen steht. Einige Leitungen verstehen unter Kollektivität lange Sitzungen, in deren Ergebnis lange Beschlüsse zur Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees gefaßt werden. Es geht aber darum, auf der Grundlage der zentralen Beschlüsse konkrete Maßnahmen nach Beratung festzulegen und dann alle leitenden Funktionäre zur operativen praktischen Durchführung einzusetzen. Also brauchen wir kein Verbot von Sitzungen durch das Statut, sondern eine höhere Qualität der Leitungsarbeit, wie sie im Statut verankert ist

## Genossinnen und Genossen!

Zur dritten Gruppe gehören solche Anträge, die nicht in das Statut aufgenommen werden können. Würden wir es tun, dann wäre eine Einschränkung der innerparteilichen Demokratie die Folge, die Rechte des Parteimitgliedes würden beschnitten, und wir kämen zu einer administrativen Arbeitsweise. Es gibt auch Anträge, die bei ihrer Berücksichtigung das Verhältnis der Partei zu den Massen stören würden. Aus einigen Zuschriften geht hervor, daß Genossen erwarteten, durch das Statut größere Rechte als parteilose Werktätige zu erhalten. Ihrer Meinung nach müßten sie gegenüber Parteilosen gewisse Vorteile genießen. Das widerspricht dem Charakter unserer Partei. Lenin lehrt uns bekanntlich, daß die Mitglieder der Partei keinerlei Vorteile und Privilegien gegenüber den übrigen Werktätigen besitzen. Im Gegenteil. Eine marxistisch-leninistische Partei verlangt von ihren Mitgliedern mehr als von jedem anderen Bürger. Das ist ein unumstößliches Prinzip im Leben der revolutionären Arbeiterbewegung. "Mitglied der Partei der Arbeiterklasse sein", sagte Genosse Walter Ulbricht im Namen des Zentralkomitees zu Beginn der Parteiwahlen, "heißt nicht nur weiter vorausschauen, sondern auch